

ELTERN GEGEN DROGEN

2 / 2009

JUNI 2009

AUS DEM INHALT

ELTERN, WEHRT EUCH!	1
BILDUNG EINER ARBEITS- GRUPPE BETROFFENER ELTERN DROGENABHÄN- GIGER KINDER	3
WER STEHT HINTER DER WELTWEITEN LEGALISIERUNGS- LOBBY?	4
STAATLICHE HEROINABGABE UND KRANKENKASSEN- PRÄMIEN	4
EDITORIAL	5
AKTIVITÄTEN 2008 DER VEREINIGUNG	6
INTERNATIONALE HANF- FACHMESSE CANNATRADE IN BASEL	7
MOTION SUCHTBEKÄMPFUNG ALS WICHTIGER TEIL DER GEWALTPRÄVENTION	8

**ELTERN, DIE SICH AUS
FALSCHER SCHAM NICHT
NACH AUSSEN ÖFFNEN,
GEBEN MIT IHRER ZU-
RÜCKHALTUNG POLITI-
KERN UND DROGENLE-
GALISIERUNGSBEFÜR-
WORTERN MACHT.**

Eltern, wehrt euch!

Täglich verführt unsere Spassgesellschaft Jugendliche zum Drogenkonsum, wobei viele Töchter und Söhne in der Sucht enden und nicht zuletzt in der Invalidität. Der vielgerühmte Jugendschutz brachte es sogar fertig, dass Komasaufen und Kiffen bei gerade mal 12-jährigen „in“ ist.

Seit Jahrzehnten beschwichtigen uns Politiker und sogenannte Drogenfachleute mit gezielten Unwahrheiten. Immer wieder lassen sich Eltern von Behörden und „Fachexperten“ einschüchtern, indem diese das Elternhaus für die Drogensucht verantwortlich zu machen versuchen. **Ganze Heerscharen von Drogenberatern versichern unermüdlich, dass das 4-Säulen-Konzept ausgezeichnet funktioniere und geben gar skrupellos verhängnisvolle Empfehlungen zur Einnahme gewisser Drogen an Süchtige ab, unter Inkaufnahme von Todesfällen.** Erbärmlich und fragwürdig, dass mit dem 4-Säulen-Konzept 95% der Süchtigen in der Sucht hängen bleiben und gerade 5% den Ausstieg schaffen.

Wie kann also ein Konzept, das von „Schreibtischtätern“ entworfen wurde und zu 95% versagt, als Erfolg bezeichnet werden?

Beim im Aargau im März 2009 ermordeten Au-Pair-Mädchen Lucie war der Täter ein vorbestrafter

Drogenkonsument. Seine Bewährungshelferin wurde einige Male von dessen Arbeitgebern über sein abnormes Verhalten in Kenntnis gesetzt. Hätte diese Betreuerin ihre Pflichten wahrgenommen, hätte dieser Mord grösstwahrscheinlich verhindert werden können. Dasselbe trifft auf seinen Gutachter zu, der eine Verwahrung nicht für nötig hielt. **Die Verantwortung für diesen abscheulichen Mord wie im übrigen auch für Raserunfälle unter Drogenkonsum, tragen diese Damen und Herren wie auch alle Drogenlegalisierungsbefürworter.** Wie oft mussten wir besorgten Eltern uns

anhören, dass es sich jeweils um Einzelfälle handle. Seltsam, dass sich diese Einzelfälle in den letzten Jahren häufen. Genannter Fall macht einmal mehr deutlich, wie ernsthaft sich die Politik dem Thema Drogen annimmt. Eltern, die sich für ein Drogenverbot und abstinenzorientierte Therapien einsetzen, werden als störend empfunden, sei es von Politikern, Gutachtern, Bewährungshelfern, Sozialarbeitern oder anderen Gutmenschen.

Eltern werden z.B. Gesprächstherapien zugeführt mit dem Ziel, die Schuld und Verursachung des Drogenproblems möglichst ihnen anzulasten. Die empörenden Machenschaften in Sachen Drogen ist von Politikern und Drogenlegalisierungsbefürwortern toleriert, wenn nicht gar gewollt. Abhängige werden zweifelhaften Therapien zugeführt, die sie, sobald es „etwas hart“ wird, wieder abbrechen dürfen. Es wird ihnen auch freier Ausgang (z.B. 3 Tage) gewährt, danach müssen sie aber nüchtern wieder eintreten. Solche „Therapien“ können x-beliebig wiederholt werden!

ELTERN, DIE SICH FÜR EIN DROGENVERBOT UND ABSTINENZORIENTIERTE THERAPIEN EINSETZEN, WERDEN ALS STÖREND EMPFUNDEN, SEI ES VON POLITIKERN, GUTACHTERN, BEWÄHRUNGSHELFERN, SOZIALARBEITERN ODER ANDEREN GUTMENSCHEN.

Nicht selten erhalten Eltern von Behörden auch die Aufforderung zur Einsendung der letzten Steuererklärung, zwecks Prüfung einer Verwandtenunterstützung für ihre drogensüchtigen Töchter oder Söhne, z.B. für eben solche und vielfach nutzlosen Entzugstherapien. Leider folgen viele Eltern aus purer Scham dieser Aufforderung, obschon man sie finanziell nicht belangen darf. Hier muss das Verursacherprinzip Anwendung finden. **Denn für**

die ausufernde Drogenproblematik ist der Staat, der u.a. praktisch gar nichts gegen Drogendealer unternimmt, Verursacher.

Ob betroffene oder nicht betroffene Eltern, alle müssen mit ihren Steuergeldern eine menschenverachtende Drogenindustrie mitfinanzieren. Das Interesse dieser Industrie kann nur darin bestehen, fragwürdige Arbeitsplätze (Drogenberatungen, BewährungshelferInnen usw.) am Leben zu halten. Uns fehlt der Glaube, dass diese Industrie ehrlich darauf bedacht ist, Abhängigen ein suchtfreies, drogenabstinentes Leben zu ermöglichen.

Es ist höchste Zeit zu erstarken und uns gegen eine solch jugendverachtende Politik aufzulehnen.

Viele Eltern schämen sich dafür, dass ihr Kind „vom Wege abgekommen“ ist, suchen den Fehler bei sich und versuchen zu schweigen, obschon in der Regel die ganze Nachbarschaft Kenntnis hat. Denn jede Sucht hinterlässt ihre Spuren. Eltern müssen vor den Nachbarn und den Angehörigen zur Drogensucht ihres Kindes stehen – vor allem aber gegenüber den Behörden als Hauptverantwortliche dieser Misere.

Eltern, die sich aus falscher Scham nicht nach aussen öffnen, geben mit ihrer Zurückhaltung Politikern und Drogenlegalisierungsbefürwortern Macht. Wir Betroffene müssen uns geschlossen zur Wehr setzen und diesen Politikern klar aufzeigen, dass alle uns zur Verfügung stehenden Mittel (Vorsprechen bei Lehrern, Rektoraten, Schulbehörden, Erziehungsdirektionen, Polizei usw.) ausgeschöpft wurden, wir von all diesen aber sträflich im Stich gelassen werden. Dass man drogenabhängigen Kindern und Jugendlichen reelle Chancen für eine Drogenabstinenz verwehrt, dafür tragen diese die Verantwortung. Dass Eltern wie auch Geschwister eines Drogenabhängigen einem entsetzlichen, kaum vorstellbaren Stress ausgesetzt sind, war diesen Damen und Herren bisher egal. Es

gilt nun klare Zeichen zu setzen und vor Behörden und Politikern nicht mehr klein bei zu geben, denn diese gehören endlich in die Verantwortung genommen.

ELTERN MÜSSEN VOR DEN NACHBARN UND DEN ANGEHÖRIGEN ZUR DROGENSUCHT IHRES KINDES STEHEN – VOR ALLEM ABER GEGENÜBER DEN BEHÖRDEN ALS HAUPTVERANTWORTLICHE DIESER MISERE.

Alle Eltern, mit oder ohne drogenabhängige Kinder, müssen geschlossen diese menschenverachtende Drogenpolitik verurteilen, die seit Jahrzehnten dazu führt, unsere Zukunft – die Jugend – systematisch zu vernichten. Diese verachtenswerte Drogen-Industrie geht buchstäblich über Leichen.

Solange im Parlament der Drogenindustrie zudienende National- oder Ständeräte wie z.B. Prof. Dr. med. Felix Gutzwiller – seines Zeichens Verwaltungsrat eines Methadonproduzenten – Einsitz haben, ist Zweifel an einer glaubwürdigen abstinenzorientierten Drogenpolitik angebracht.

Ruth Jeker, Therwil

Cannabiskonsum und Umwelt

Umweltbewusste Politikerinnen und Politiker, die mit der Cannabisfreigabe, also auch mit dem eigenen Anbau, liebäugeln, möchten wir auf folgende für die Umwelt belastende Tatsache aufmerksam machen: Eine kleinere Anlage für 200 Drogenhanfpflanzen braucht pro Jahr 20'000 Kilowattstunden! Zum Vergleich: Eine Durchschnittsfamilie kommt mit ungefähr 3'000 Kilowattstunden pro Jahr aus. Wenn man noch die gesundheitlichen Schädigungen des Cannabiskonsums berücksichtigt, bleibt die Glaubwürdigkeit der erwähnten PolitikerInnen erst recht auf der Strecke.

Bildung einer Arbeitsgruppe betroffener Eltern drogenabhängiger Kinder

Als Eltern einer seit 30 Jahren drogensüchtigen Tochter (43 Jahre alt) machten wir in diesen vielen Jahren sehr schlechte Erfahrungen mit Behörden, Drogenanlaufstelle, Erziehungsdepartement, Schulleitung, Jugendanwaltschaft usw. Vor dem Beitritt zur Schweizerischen Vereinigung Eltern gegen Drogen waren wir hoffnungsvolles Mitglied in einem Verein, der sich aber als cannabisfreundlich gab, worauf wir die Mitgliedschaft aufkündigten. In der Schweizerischen Vereinigung Eltern gegen Drogen fühlen wir uns erstmals seriös aufgehoben, da abstinenzorientiert.

Unsere langjährigen Erfahrungen bestärkten uns darin, uns nichts mehr seitens der Behörden usw. gefallen zu lassen. **Um den Behörden usw. die Stirn zu bieten, braucht es ein gemeinsames, schweizweites und geschlossenes Handeln von allen betroffenen Eltern, denn als Einzelperson bleibt man erfahrungsgemäss chancenlos.**

Dass unsere 43 Jahre alte Tochter den Drogenausstieg noch schafft, ist fraglich. Ihnen können wir aber mit unserem Rat und unseren gemachten Erfahrungen, z.B. bezüglich Behördenauftritt zur Seite stehen und gemeinsam mit Ihnen in Form einer Arbeitsgruppe der Drogenindustrie den Kampf ansagen.

Wir würden uns über ein gemeinsames Treffen sehr freuen und hoffen auf Ihre Mitwirkung in einer solchen Arbeitsgruppe.

Ihr Interesse können Sie uns mittels untenstehendem Anmeldeformular mitteilen bzw. uns dieses per E-Mail melden (eltern_g_drogen@bluewin.ch). Vielen Dank.

ANMELDEFORMULAR

Ich bin interessiert, in einer Arbeitsgruppe betroffener Eltern drogenabhängiger Kinder mitzuwirken:

Name und Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte senden an: Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen, Postfach 8302, 3001 Bern.

Wer steht hinter der weltweiten Legalisierungslobby?

Hier wären einmal die zahlreichen Soros-Stiftungen zu nennen. **George Soros**, bekannt als Spekulant, hat sein Vermögen, dessen Herkunft und Grösse wenig transparent ist, u.a. im Quantum Fund investiert. Der Sitz befindet sich in den Niederländischen Antillen und ist damit jeder ernstzunehmenden Kontrolle entzogen. **Soros befürwortet die Legalisierung der Drogen**, warum, ist aus oben Gesagtem leicht zu erraten. Insbesondere **seine Stiftung Drug Policy Alliance (früher Lindensmith Center)** ¹⁾ mit seinem Direktor **Ethan Nadelman** setzt sich weltweit mit Vehemenz und mit viel Geld für die Legalisierung von Drogen ein.

Im Vorstand des Vereins ²⁾ sitzen, neben dem schon erwähnten Soros, als Ehrenmitglieder u.a. der ehemalige Verteidigungsminister der USA **Frank Carlucci** sowie **Paul Volcker**, der ehemalige Präsident der amerikanischen Zentralbank und in der Schweiz bekannt als Präsident der Volcker-Kommission zur Verteilung der Holocaustgelder.

Ethan Nadelman bewunderte in seiner Grussansprache 1998 an einem Kongress im Lindensmith Center, was die Schweiz mit der Heroinabgabe zustande gebracht habe. Bei dem Treffen wurde auch **Ambos Unterhagen, einer der Hauptlegalisierer der Schweiz** wärmstens begrüsst sowie **Thomas Zeltner, Direktor des BAG**.

Mit der Wahl von **Ruth Dreifuss** wurde 1993 eine aktive Drogenlegalisierer in den Bundesrat gewählt, die bei ihrem Rücktritt 2002 ein drogenpolitisches Trümmerfeld hinterliess.

Ein weiterer Aktivist ist **Prof. Jakob Tanner, marxistischer**

Chefideologe ³⁾, der mindestens vier Bücher über Drogenlegalisierung geschrieben hat. Bekannter ist er aber als Mitglied der Bergier-Kommission und als Mitverfasser des umstrittenen Berichts dieses Namens.

Ebenfalls aktiv ist die Eidgenössische Kommission für Drogenfragen ⁴⁾ unter ihrem Vorsitzenden **François van der Linde**, die sich stets nur positiv zu Drogen äussert. Das ist kein Wunder, denn die Mehrzahl der Mitglieder wurde danach ausgewählt, so z.B. **Thomas Kessler**, der ein Buch geschrieben hat über den Hanfanbau in der Schweiz und vor einem grossen Publikum erklärte: «Ich habe Drogen in Südamerika angebaut.» Er war auch seit 1982 für die Universität Bern (!) als Hanfanbauer tätig und 1987-91 Kantonsrat für die Grünen in Zürich. Der freisinnige Polizeidirektor **Jörg Schild** hatte ihn als Drogenbeauftragten nach Basel geholt. **Unter seiner Leitung schossen die Hanfläden wie Pilze aus dem Boden, besonders in der Nähe von Schulen.** Die Jugendlichen wurden zum Kiffen animiert. Es kam zu Bandenkriegen zwischen verschiedenen mafiösen Organisationen. Im Gegensatz zur Behauptung der Drogenlobby ist nämlich der Hanfhandel ebenfalls fest in den Händen organisierter Krimineller. ⁵⁾ **Nach Interpellationen im Grossen Rat und einem Entführungsfall schloss die Polizei praktisch alle Hanfläden. Der Effekt war sehr schnell spürbar, es wurde sichtbar weniger gekiffert. Doch der Schaden, den die Ära Kessler verursacht hat, bleibt, denn viele Jugendliche die damals süchtig wurden, sind immer noch abhängig.**

Mit **Anne-Catherine Menétry, Claire Rölli (Koste BERN) und Rosann Waldvogel** sind drei weitere Aktivistinnen Mitglieder der Drogenkommission. Auch **Prof. Guido Jenny** ist ein bekannter Aktivist und Mitglied der Liga gegen Drogenprohibition. ⁶⁾

Mit den so ausgewählten Mitgliedern wird der Bundesrat auch entsprechend „beraten“.

Schon immer dienten Drogen dazu, ein Volk zu vernichten. Man hat den Eindruck, dass der Bundesrat sich wenig bemüht, dem Einhalt zu gebieten.

¹⁾ www.drugpolicy.org

²⁾ www.drugpolicy.org/library/about/aboutdpa/governance/board.cfm

³⁾ „Marxisten und Großkapital arbeiten für die Globalisierung zusammen“, von Diethelm Raff

⁴⁾ www.admin.ch

⁵⁾ Les passeurs de cannabis... Jean-Marc Leclerc Le Figaro 9.9.2003

⁶⁾ „Drogenpolitik und Medien: Requiem für eine Gegenmacht“, von Philippe Chenaux, 2000)

Dr. rer. nat. Alexandra Nogawa, Basel

Staatliche Heroinabgabe und Krankenkassenprämien

Dass die Prämien der Krankenkassen unaufenthaltsam ins Unbezahlbare steigen, erstaunt nicht, wenn man den Jahresbericht 2008 der Heroingestützten Behandlung Bern KODA liest. **So betrogen die Leistungen der Krankenkasse an die KODA im Jahre 2008 CHF 3'308'820.57 allein für die Heroinabgabe an 202 Patienten aus der Stadt oder Region Bern.** Weiter heisst es im Jahresbericht: «Zwei Drittel der Patientinnen und Patienten bestreiten ihren Lebensunterhalt durch die Sozialhilfe und verwalten ihr Geld selbständig. Trotzdem ist ein Teil "anfällig" für Leistungseinstellungen der Krankenkasse wegen Nichtbezahlen der Krankenkassenprämien.»

Auch der Kanton Bern leistet an die KODA CHF 478'643.20 neben den bereits 10 Mio. CHF für das Contact Netz. Ob wohl jemand im Kanton Bern eine Ahnung hat, wie viel die liberale Drogenpolitik die Steuerzahlenden insgesamt kostet? Aber das dürfen diese wohl gar nicht wissen.

Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen

Editorial



Seit dem 30. November 2008, an welchem das Schweizer Stimmvolk mit 63.2% Nein-Stimmen zu 36.8% Ja-Stimmen die Hanfinitiative abgeschmettert hat, war für die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen eigentlich klar, dass keine Durchführung der Drogenhanf-Messe CannaTrade mehr möglich sein würde. Denn immerhin konsumieren 7 Mio. Schweizerinnen und Schweizer kein Cannabis, und die Tatsache, dass Cannabis kein harmloses, sondern ein gefährliches Rauschmittel ist, ist allmählich zum Allgemeinwissen der Schweizer Bürgerinnen und Bürger geworden.

Als dann im Internet die CannaTrade vom 1. bis 3. Mai 2009 in einer Halle der renommierten Basler Messe angekündigt wurde, machten wir eine Einsprache bei den Departementen Gesundheit, Erziehung und Justiz.

Unsere Vereinigung war entsetzt über die Antwortschreiben des Gesundheits- und des Erziehungsdepartements, in welchen festgehalten wurde, dass die Durchführung der CannaTrade nicht in deren Zuständigkeitsbereich liegen würde. Die Regelung dieses Problems liege einzig im Bereich der Polizei.

Wir sind jedoch der Meinung, dass von einer Gesundheits- und Erziehungsbehörde eine Unterstützung von präventiven Massnahmen zugunsten der Gesundheit und des Wohlergehens vor allem unserer Kinder und Jugendlichen erwartet werden dürfte.

Bei den verdeckten Beobachtungen an der CannaTrade in Basel durch Eltern unserer Vereinigung

wurde – wie schon in den letzten acht Jahren in Bern – deutlich, dass die CannaTrade eine Kiffermesse ist. Die kriminelle Drogenhanflobby stellt ihre lukrativen Geschäfte über das Wohl unserer Jugend und versucht, die Polizei an der Nase herumzuführen.

Verschiedene StandbetreiberInnen und MessebesucherInnen kiffen hemmungslos. An Hand von Sortenkatalogen konnten Cannabissamen bestellt werden. Düngemittel, Wärmelampen, Ventilatoren, Schalldämpfer, Bewässerungs- und Belüftungsanlagen und zusammenlegbare Schränke wurden für Indooranlagen und zur Steigerung des Rauschgiftes Tetrahydrocannabinol (THC) bei Cannabispflanzungen angepriesen. Bongs, also Wasserpfeifen, die zum Drogenhanfkonsum benutzt werden und Blunts, oft aromatisierte, mit Designs versehene Tabakblätter, um damit Joints zu drehen, wurden uns an verschiedenen Ständen angeboten. Auch Geheimverstecke für Drogen als getarnte Kugelschreiber, Uhren und Zigaretten, aber auch synthetischer Urin, der bei einem Test abgegeben werden könnte, wurden verkauft. Bei unseren Recherchen stellten wir fest, dass die an einem Stand angebotenen Hanfkleider aus der Produktion „Made in China“ stammten. Solange uns die StandbetreiberInnen als potentielle KäuferInnen betrachtet hatten, beantworteten diese bereitwillig unsere Fragen. Gaben wir aber unseren Unmut über die Unverfrorenheit und illegalen Machenschaften an dieser Hanfmesse kund, mussten wir verschiedentlich vor aggressiven Verkäufern fliehen. Erstaunt waren wir auch über die Anwesenheit des wegen Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz vorbestraften Drogenhanfanbauern und Drogenhändlers André Fürst, welcher einen Stand mit einer Hanfpresse betrieb. Er erklärte stolz, dass die Freiburger Polizei und Justiz keine Ahnung hätten von der Wunderpflanze Hanf, und dass er sich wegen besseren Haftbedingungen nach Basel hätte versetzen lassen, um seine seiner Meinung nach ungerechtfertigte Busse abzusitzen. Zur Förderung seiner In-

tegration, hätte er die Erlaubnis erhalten, an der CannaTrade in Basel einen Stand zu betreiben.

Von der Polizei, dem Drogendezernat und der Staatsanwaltschaft wurden wir mit unseren Bedenken und unseren Beobachtungen sehr ernst genommen. Auch das Grenzwachtkommando und die Zollbehörde waren an diesem Wochenende besonders wachsam. Die gesetzlichen Bestimmungen im Bereich Betäubungsmittel und Landwirtschaft und die Einhaltung der im Vorfeld festgelegten Auflagen wurden kontrolliert und verschiedenste Zuwiderhandlungen geahndet.

Nun hoffen wir, dass die Justiz die Fehlbaren auch entsprechend zur Rechenschaft ziehen wird und endlich bei der Beurteilung von Drogenhanddelikten die Samthandschuhe auszieht. Auch hoffen wir, dass CannaTrade nach den nun auch in Basel gemachten Negativ-Erfahrungen nun endlich gesamtschweizerisch verboten wird – zum Schutze und Wohle unserer Kinder und Jugendlichen.

Sabina Geissbühler-Strupler, Präsidentin der Schweizerischen Vereinigung Eltern gegen Drogen

ANGEBOT AN DER KIFFERMESSE CANNA TRADE IN BASEL:

CANNABISSAMEN; DÜNGEMITTEL, WÄRMELAMPEN, VENTILATOREN, SCHALLDÄMPFER, BEWÄSSERUNGS- UND BELÜFTUNGSANLAGEN SOWIE ZUSAMMENLEGBARE SCHRÄNKE FÜR INDOORANLAGEN UND ZUR STEIGERUNG DES RAUSCHGIFTES THC BEI CANNABISPFLANZUNGEN; BONGS ZUM DROGENHANFKONSUM; BLUNTS ZUM DREHEN VON JOINTS; GEHEIMVERSTECKE FÜR DROGEN ALS GETARNT KUGELSCHREIBER, UHREN UND ZIGARETTEN; SYNTHETISCHER URIN ZUR ABGABE BEI EINEM TEST.

Aktivitäten 2008 der Vereinigung

Information der Bevölkerung und der Politikerinnen und Politiker über Drogenfragen

Informationsbroschüre «Eltern gegen Drogen»

Die Informationsbroschüre erschien im Jahre 2008 lediglich dreimal, da es uns wichtig erschien, unsere begrenzten finanziellen Mittel gezielt auch für die Information der Bevölkerung über das Referendum gegen das revidierte Betäubungsmittelgesetz sowie in der Folge über die beiden Drogenvorlagen vom 30. November 2008 einzusetzen.

Medienmitteilungen

Schriftliche Medienmitteilungen wurden zu folgenden Themen versandt:

- *Plädoyer für mehr Nachhaltigkeit und Kostentransparenz in der Schweizerischen Drogenpolitik*
- *Warum das Referendum gegen das revidierte Betäubungsmittelgesetz?*
- *Kiffermesse Cannatrade*
- *Für eine zukunftsgerichtete Drogenpolitik*
- *Stiftung Contact Bern macht mit Steuergeldern Abstimmungspropaganda für die Legalisierung von Cannabis*

Internetauftritt

Weitere Informationen konnten Verbreitung finden über unsere Website www.elternegendrogen.ch.

Eingreifen in die aktuelle Drogenpolitik

Referendum gegen das revidierte Betäubungsmittelgesetz

Viele von uns sammelten für das Referendum in jeder freien Minute Unterschriften vor Einkaufszentren, Schwimmbadeingängen und bei Sportanlässen. Nach Abschluss der Sammelzeit am 10. Juli 2008 konnten wir trotz Fussball-EM und Sommerferien rund 52'000 Unterschriften beglaubigt vorweisen. Die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen unterstützte in der Folge im Vorfeld der Abstimmung vom 30. November

2008 tatkräftig den Dachverband abstinentenorientierte Drogenpolitik (DaD). Abstimmungsflyers zu den beiden Drogenvorlagen mussten ausgearbeitet werden, und mit Leserbriefen versuchten wir, uns Gehör zu verschaffen. Denn leider nahmen an den beiden von der Vereinigung und vom Dachverband organisierten Medienkonferenzen nur ausländische Medienschaffende unsere Argumente interessiert zur Kenntnis.

Drogenhanfmesse Cannatrade

Auch an der Drogenhanfmesse Cannatrade 2008 in Bern konnte die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen nicht tatenlos dem illegalen Treiben zusehen. So musste die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen nach einem kurzen Rundgang unzählige Verstösse gegen die Auflagen feststellen:

- *An mindestens sechs Ständen konnten Drogenhanfsamen in kleinen Briefchen zum Preis zwischen CHF 55.00 und CHF 110.00 gekauft werden.*
- *Trotz Rauchverbot in der Halle wurde überall geraucht und gekiffert, auch in Anwesenheit von Kleinkindern.*
- *Trotz der Alterslimite von 18 Jahren wurden Minderjährige in Begleitung Jugendlicher eingelassen.*

Aufgrund dieser Feststellungen hat die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen gegen die Hanfmesse-Organisatoren und gegen die BEA-Expo-Verantwortlichen sowie gegen die Drogenhanf-Verkaufsstände Strafanzeige erstattet.

Strafanzeige gegen die Stiftung Contact Netz

Der von einem Betreuer des Contact Netz Interlaken versandte Brief an einen höchst gefährdeten Jugendlichen, der in der Zwischenzeit an einer Überdosis Drogen gestorben ist, brachte bei der Vereinigung Eltern gegen Drogen das Fass zum Überlaufen. Wenn eine tödlich wirkende Pflanze wie die Woodrose einem süchtigen Menschen mit ausführlichen schriftlichen Erläuterungen empfohlen wird, dann liegt unserer Ansicht nach fahrlässige Körperverletzung gemäss Artikel 125 des Schweizerischen Strafgesetzbuches vor: Die Schweizerische Ver-

einigung Eltern gegen Drogen hat aufgrund dieser Anleitung und Anstiftung zum Drogenkonsum Strafanzeige gegen die Stiftung Contact Netz eingereicht.

Weitere Aktivitäten der Schweizerischen Vereinigung Eltern gegen Drogen

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die 12 Vereinigungen in der Schweiz, die sich für eine abstinentenorientierte Drogenpolitik einsetzen und alle ehrenamtlich arbeiten, einer grossen Front von Wirtschaftsverbänden und sogenannten Drogenfachleuten gegenüberstanden. Da diese ihre Eigeninteressen gefährdet sahen, griffen sie auf teilweise unfaire Abstimmungspropaganda und sogar öffentliche Gelder zurück. Sie behaupteten, dass bei Ablehnung des revidierten Betäubungsmittelgesetzes wieder offenen Drogenszenen entstehen würden. Dass die Stadtregierungen die offenen Drogenszenen provoziert hatten, indem sie der Polizei ein Eingreifen untersagt hatten, wurde der Bevölkerung vorenthalten. Die Angstmacherei der Befürworter hat dann zu einer Annahme des revidierten Betäubungsmittelgesetzes geführt. Die schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen wird nun die Entwicklung der Drogenpolitik und die Versprechen der Befürworterinnen und Befürworter genau verfolgen.

Auch die Cannabis-Initiative wurde von den gleichen Vereinigungen intensiv bekämpft. Seit 18 Jahren klärt die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen die Bevölkerung über die Schädlichkeit und Gefährlichkeit von Cannabis auf. Immer mehr Eltern, Lehrpersonen, aber auch Jugendliche stellten fest, dass Kiffen zu Leistungsabfall in der Schule, an der Lehrstelle, aber auch zu Persönlichkeitsstörungen bis zu Psychosen führen kann. Diese Betroffenheit der Bevölkerung führte am Abstimmungstag zu einem klaren Nein zur Cannabislegalisierungs-Initiative. Besser spät als nie sind der Bevölkerung die Augen geöffnet worden.

Sabina Geissbühler-Strupler, Präsidentin

Internationale Hanf-Fachmesse CannaTrade in Basel

Die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen hat mit Blick auf den immer mehr vernachlässigten Kinder- und Jugendschutz beim Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt Einsprache gegen die Bewilligung zur Durchführung der Internationalen Hanf-Fachmesse CannaTrade in Basel vom 1. bis 3. Mai 2009 erhoben.

Seit acht Jahren verfolgt die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen die Aktivitäten der CannaTrade mit Besorgnis insbesondere betreffend den Kinder- und Jugendschutz sowie die Drogenprävention. Immer wieder musste sie Verstösse gegen die Auflagen des Messeplatzes wie auch Verstösse gegen das Betäubungsmittelgesetz beobachten.

Unter dem Deckmantel „zu Heilzwecken“ warb die CannaTrade 2009 für den verbotenen Konsum von Cannabis. Dies zeigte sich auch im Umstand, dass auf der Website der CannaTrade via *Jump to Video Gallery* und *Jump to Photo Gallery* erschreckend viele jugendliche Messebesucher zu sehen sind. Um medizinisch Interes-

sierte handelt es sich bei diesen Besuchern mit Gewissheit nicht. **Die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen ist der dezidierten Meinung, dass Cannabis in jedem Fall in den Zuständigkeitsbereich von Medizinerinnen/Apothekern gehört und an einer Publikumsmesse nichts verloren hat.** Auch Messen von Pharmaunternehmen bleiben einem Fachpublikum wie Medizinerinnen und Apothekern vorbehalten.

Im weiteren ist es für uns nicht nachvollziehbar, dass, obwohl der Konsum von Cannabis in der Schweiz verboten ist, auf der Homepage der diesjährigen CannaTrade für Drogenhandelsamen geworben werden kann, u. a. auch von einem Standbetreiber (Paradise Seeds, Amsterdam), der bereits letztes Jahr gegen das Betäubungsmittelgesetz verstossen hat, indem er 10 Samen für CHF 110.00 angepriesen hat.

Mit der Bewilligung zur Durchführung der CannaTrade unterstützen Regierungen bzw. Bewilligungsbehörden indirekt den illegalen Drogenhandel. Zudem machen sich die Aussteller strafbar gemäss revidiertem Betäubungsmittelgesetz, das unter Art. 8 „Verbotene Betäubungsmittel“ besagt, *dass Betäubungsmittel des Wirkungstyps Cannabis weder angebaut, eingeführt, hergestellt noch in Verkehr gebracht werden dürfen.*

Die CannaTrade führt jugendliche Messebesucher an eine süchtig machende Substanz heran, mit allen Negativfolgen. **Einer Messe wie die CannaTrade gehört zum Schutze unserer Kinder und Jugendlichen schweizweit die Bewilligung entzogen, denn nur so ist Prävention glaubhaft. Die Behörden sind es nicht zuletzt unseren Kindern und Jugendlichen schuldig, den Jugendschutz und die Drogenprävention seriös umzusetzen.**

IMPRESSUM

Herausgeberin:

Schweizerische Vereinigung
Eltern gegen Drogen,
Postfach 8302, 3001 Bern
eltern_g_drogen@bluewin.ch
www.elternegendrogen.ch
PC 30-7945-2

Redaktionsteam:

Dr. med. Theodor Albrecht
Dr. rer. nat. Alexandra Nogawa
Sabina Geissbühler-Strupler

Layout:

Administration Gross,
3038 Kirchlindach
adm_gross@bluewin.ch

Druck:

Jordi AG, Belpbergstrasse 15,
CH-3123 Belp, info@jordibelp.ch

HERZLICHEN DANK FÜR IHRE SPENDE

Spenden mit beiliegendem
Einzahlungsschein auf das

PC 30-7945-2

sind jederzeit willkommen.

Sie unterstützten damit die Aktivitäten der Schweizerischen Vereinigung Eltern gegen Drogen, junge Menschen vor Drogenabhängigkeit zu bewahren und die Bevölkerung über die Gefährlichkeit von Suchtmitteln sachgerecht zu informieren.

Motion:

Sucht- bekämpfung als wichtiger Teil der Gewalt- prävention

Am 25. März 2009 hat Sabina Geissbühler-Strupler folgende Motion im Grossen Rat des Kantons Bern eingereicht:

Der Regierungsrat wird beauftragt, im Interesse der Gewaltprävention Massnahmen einzuleiten und dafür zu sorgen, dass:

- *genügend geschlossene Drogen-therapieplätze zur stationären Behandlung und Aufnahme von Süchtigen ohne Wartezeit und rund um die Uhr bereitgestellt werden.*
- *die gesetzlichen Grundlagen für den fürsorglichen Freiheitsentzug dahingehend optimiert werden, dass Menschen, die durch den Drogenkonsum sich oder andere potentiell gefährden, einer Entzugs-therapie zugeführt werden können.*
- *die Statistiken des Rechtsmedizinischen Institutes die Resultate der Urin- und Blutproben von Gewalttätern nach Substanzen aufgelistet offen gelegt werden, damit Transparenz bezüglich der Ursachen von Gewaltdelikten geschaffen werden kann.*

Begründung

Die jüngste Polizeistatistik hat einmal mehr gezeigt, dass die Zahl der Gewalttaten zunimmt. **Nun wird auch mehr und mehr klar und statistisch erhärtet, dass die wachsende Zahl der Gewaltdelikte in direktem Zusammenhang mit Drogenkonsum steht.** Jüngste Ereignisse haben uns dies einmal mehr drastisch vor Augen geführt.

Die Vier-Säulen-Politik ging vom Konzept aus, dass mit Fixerräumen und ambulanten Therapien den Drogenkonsumenten eine gewisse Normalisierung des Alltags ermöglicht wird. **Tatsache ist nun jedoch, dass das Problem damit nicht gelöst wurde, sondern die damit verbundene Normalisierung des Drogenkonsums einen Anstieg der Gewalttaten unter Drogeneinfluss gebracht hat.** Mit Fixerräumen und ambulanten Suchttherapien werden Süchtige den ganzen Tag sich selbst überlassen, obwohl der Konsum ihre Urteilsfähigkeit entscheidend beeinträchtigt. Dazu kommt, dass Mehrfachkonsum trotz Drogenabgabe nahezu die Regel ist. Die Folge sind Taten, welche die Täter in suchtfreiem Zustand nie begehen würden.

Angesichts der eingeschränkten Urteilsfähigkeit und der Persönlichkeitsveränderung unter Drogeneinfluss ist auch die Haltung

der Sozialdienste und Betreuungsinstitutionen zu überdenken. Bei allem Respekt gegenüber der persönlichen Freiheit jedes Einzelnen ist der fürsorgliche Freiheitsentzug (FFE) vermehrt anzuwenden. Heute ist der FFE eine Massnahme, die sehr zurückhaltend praktiziert wird, oft zum Schaden der Süchtigen und deren Angehöriger und Bekannter. In vielen Fällen ist es jedoch der einzige Weg zur Suchtfreiheit und zum Schutz der Gesellschaft vor unerwarteten Gewalttaten. Hier sind angesichts der wachsenden Deliktzahl ein Umdenken und entsprechende Anpassungen bei den gesetzlichen Grundlagen nötig.

Da drogensüchtige Menschen für ihre Eltern, ihre Geschwister und die Gesellschaft zu einer echten Bedrohung geworden sind, ist Handlungsbedarf angesagt.

«CANNABIS KORRELIERT SEHR MIT DELINQUENZ. WO MEHR CANNABIS KONSUMIERT WIRD, GIBT ES MEHR ANDERE STRAF-TATEN. ES WÄRE EIN FEHLER GEWESEN, DEN CANNABISKONSUM ZU LIBERALISIEREN.»

Martin Killias, Professor für Strafrecht und Kriminologie an der Universität Zürich im DER BUND vom 21. März 2009